Fotos (3): Heidrich

Wir haben die Grundstücke an der Bahn nicht günstiger bekommen.

Andreas Horney

Das ist ein Megaprojekt, das haben noch gar nicht alle verstanden.

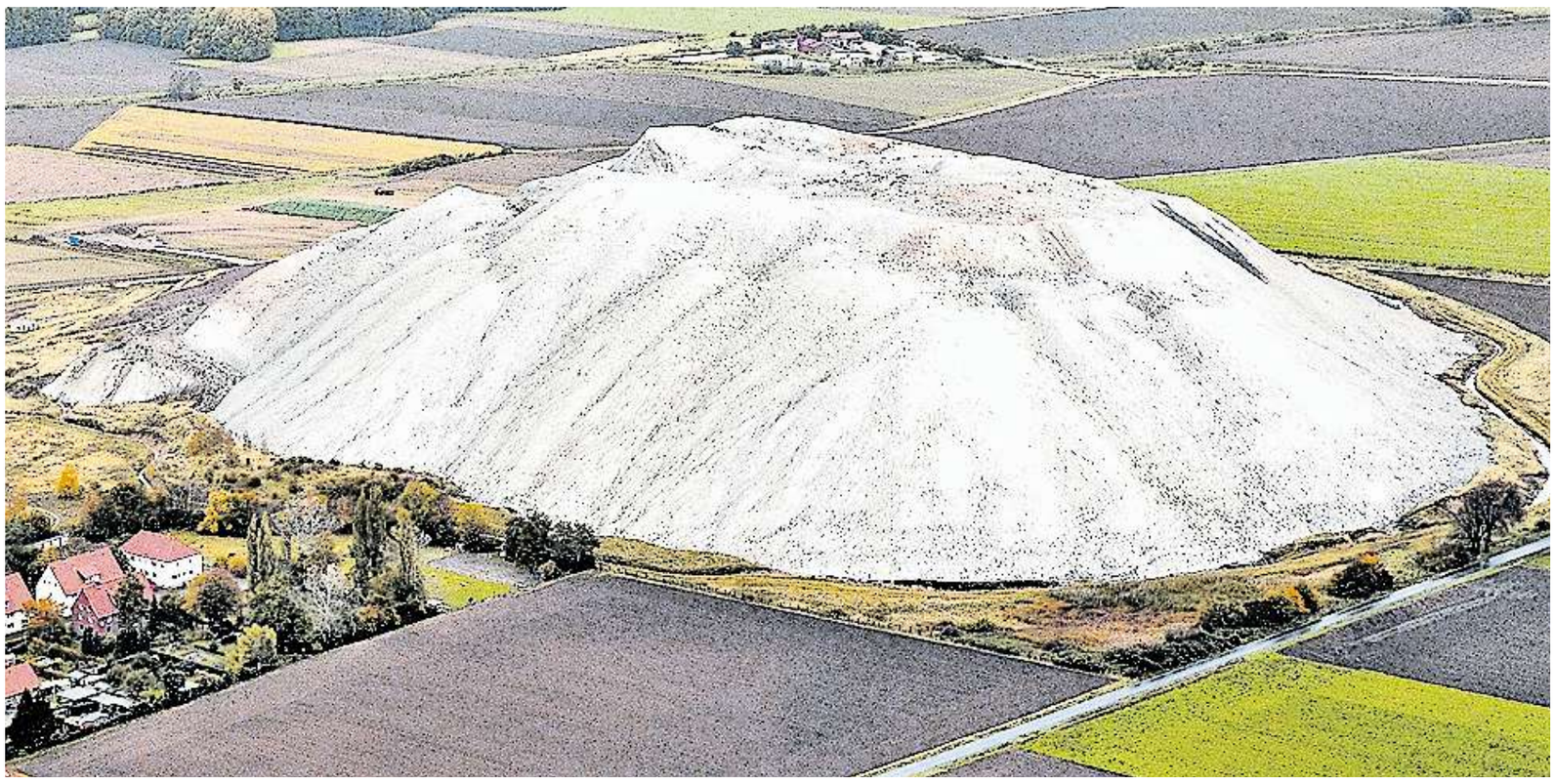
Frank Ohlmann

Beim Wetterschacht sehe ich keinen Spielraum.

Dirk Fietz

„Keine zweite Halde – und weg mit Bahn und Wetterschacht!“

Im HAZ-Interview nennt die Bürgerinitiative „Giesen Schacht“ klare Ziele für das beginnende Kali-Genehmigungsverfahren



Dieser Klaiberg reicht den Mitgliedern der Bürgerinitiative völlig. Eine zweite Halde wollen sie unbedingt verhindern – vor allem am bisher geplanten Standort oberhalb der Schacht-Siedlung. Foto: Hartmann

GIESEN/AHRBERGEN. In wenigen Wochen beginnt des Genehmigungsverfahren für eine Wiederaufnahme des Kaliabbaus bei Giesen. Zugleich wird die politische Debatte um das Thema intensiver – zuletzt kündigte Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel an, zu prüfen, ob sich der geplante zweite Kaliberg nicht verbieten ließe. Bei seinem Kollegen, Wirtschaftsminister Olaf Lies von der SPD, kam das gar nicht gut an, auch vor Ort sind Grüne und SPD uneins über den richtigen Umgang mit dem Thema.

Vor einem Jahr hat sich in Giesen und Ahrbergen zudem eine Bürgerinitiative (BI) formiert. Sie will den Bergbau zwar nicht verhindern, aber möglichst scharfe Vorgaben erreichen. Welche sollen das sein? Wie ist das Verhältnis zum Kali+Salz-Konzern? Was erwarten die Mitglieder von den Behörden? Darüber sprachen Tarek Abu Ajamieh und Sebastian Knoppik von der HAZ-Redaktion mit Dirk Fietz, Andreas Homey und Frank Ohlmann von der BI.

HAZ: Sie betonen immer wieder, Sie seien nicht gegen den Kaliabbau. Wofür oder wogegen sind Sie eigentlich?
Fietz: Wir sehen Chancen und Risiken. Wenn bestimmte Belastungen reduziert werden, spricht aus unserer Sicht nichts gegen eine Wiederaufnahme des Abbaus. Wir halten die Risiken für beherrschbar, und zwar durch Maßnahmen, die machbar und finanzierbar sind. Aber die muss man dann auch wollen und umsetzen.

Welche Belastungen meinen Sie?
Fietz: Die Halde, die Emissionen durch den Wetterschacht (Entlüftung) am Fürstenhall hier in Ahrbergen und die Lage der Kalibahn sind die Kernthemen. Ebenso die Frage des Umgangs mit auftretenden Schäden.

Welche Schäden?
Schäden, die durch den Abbau entstehen können. Etwa für die Landwirtschaft – früher ist durch auf die Felder gewehte Kali-Rückstände das Getreide „verbrannt“. Auch die Sorge, Häuser könnten absacken, gehört dazu, oder der Schutz des Giesener Waldes.

Was fordern Sie?
Ohlmann: Eine neutrale Schiedsstelle, die solche Sachverhalte entgegen nimmt und die Schäden bewertet. An die man sich wenden kann, ohne dass gleich aufwändige Verfahren, Klagen in Gang gesetzt werden müssen. Ich hoffe sehr, dass K+S seinen Widerstand in dieser Frage aufgibt – und den Beispielen in anderen Bundesländern folgt.

Stichwort Absackungen: K+S schließt die praktisch aus, spricht von Millimetern in Jahrzehnten. Zudem heißt es, ein Abbau direkt unter den Orten selbst sei nicht geplant.
Fietz: Ja, so etwas haben wir auch gehört. Sicher ist das Risiko hier niedriger als zum Beispiel im Steinkohle-Bergbau. Aber es ist sicher nicht gleich Null. Das ist für mich fachlich längst nicht zu Ende diskutiert.

Glauben Sie K+S denn, dass es keinen Abbau unter den Ortschaften selbst geben wird?
Ohlmann: Schön wäre, wenn das zum Beispiel im Betriebsplan festgelegt wäre. Denn die Genehmigung, um die es jetzt geht, wird erst einmal nur für die ersten zehn Jahre gelten. Was Folge-Genehmigungen dann beinhalten, weiß heute keiner. Auch nicht, welche Ergebnisse die neuen Erkundungen von K+S unter Tage bringen. Was, wenn es ein großes Vorkommen direkt unter Ortschaften gibt? Bei einem geplanten Abbau-Zeitraum von 40 bis 60 Jahren scheint es schwer, etwas kategorisch auszuschließen. Noch wichtiger erscheint mir bei dem Thema aber etwas anderes.

Nämlich?
Ohlmann: Welche Auswirkungen auf das Grundwasser und mögliche Hochwasser kann es geben? Wer gibt uns da die Gewähr? Wir wissen nicht, wie sich das auswirkt, das muss noch intensiv untersucht werden.

Symbolisch für den Abbau steht der Kaliberg, also die Abraumhalde, beim früheren Abbau ebenso wie beim künftigen. Wie stehen Sie zur Halde?
Fietz: Wir wollen keine neue Halde. Schon gar nicht am jetzt geplanten Standort oberhalb der Schacht-Siedlung an der Straße nach Emmerke. Denn das schränkt die Giesener Naherholung massiv ein, die Feldmark dort ist für viele Menschen sehr wichtig. Ganz zu schweigen davon, wo der Staub überall hinweht und welche Folgen die neue Halde für das Grundwasser und die Innerste haben kann.

K+S sagt, es geht vielleicht theoretisch ohne Halde, wenn man den Abraum woanders hintransportiert, aber dann sei das Projekt nicht mehr wirtschaftlich und damit tot.
Fietz: Das ist erst einmal eine Position, die zur Diskussion steht. Aber keine Halde wäre ideal.

Das scheint aber kaum realistisch.
Ohlmann: Zumindest sollte eine deutlich kleinere Halde möglich sein. Ich glaube, da ist noch Potenzial. Der Platz unter Tage ist noch nicht ausgereizt. Auch könnte man zum Beispiel einen Teil der Rückstände bei Streusalz beimischen oder versuchen, diese anderweitig zu verwenden. Der spanische Kalihersteller Iberpotash zum Beispiel investiert in modernste Technik, um den Anforderungen des europäischen Umweltrechts gerecht werden zu können. Damit sollen unter anderem die Salzrückstände aufgearbeitet und Halden vermieden werden. Es ist sogar daran gedacht, bestehende Halden abzutragen. Möglicherweise helfen auch neue, innovative Abbauverfahren. Im Planfeststellungsverfahren müssen alle Argumente auf den Tisch und durch Fachleute analysiert werden.

Haben Sie denn Hoffnung?
Ohlmann: Die Halde schien ja am Anfang selbstverständlich. Deshalb war es wohltuend zu hören, dass auch Bürgermeister Andreas Lücke den Wunsch nach einer „Nullhalde“ geäußert hat. Ich muss als Bürger ja auch meinen Müll soweit es geht reduzieren, trennen und entsorgen. So wenig Rückstände wie möglich – das muss im Sinne der Allgemeinheit die Maxime sein.

Homey: Man hat sich das ja auch sehr einfach gemacht: Drei Standorte in direkter Nähe zur heutigen Althalde wurden geprüft und bei zweien gesagt, die gingen nicht, also muss es der Dritte sein. Eine Verfüllung alter umliegender Schachtanlagen und nicht mehr benötigter Versorgungswege scheint mir bisher nicht ausreichend geprüft. Da erwarte ich im Genehmigungsverfahren weitere Vorschläge vom Landesamt für Bergbau, der Gemeinde, dem Landkreis und K+S.

Stichwort Entsorgen: K+S will das Bergwerk weiter am Fürstenhall entlüften – Fachbegriff: ausziehender Wetterschacht. Die von Ihnen geforderte Umkehr – also Lufteinzug in Ahrbergen, Entlüftung bei Barnten – gefährde die Stabilität der Schächte.
Fietz: Beim Wetterschacht sehe ich gar keinen Verhandlungsspielraum. Das Argument, dass die Stabilität der Schächte gefährdet ist, scheint mir aus dem Zusammenhang gerissen zu sein. Man kann doch im Jahr 2014 nicht im Ernst einen Entlüftungsschacht für ein Bergwerk quasi mitten im Dorf oder direkt am Ortsrand errichten.

Früher ging das ja offenbar auch.
Fietz: Als die Anlage 1908 in Betrieb ging, standen da noch keine Häuser. Da war ein großer Abstand zum Dorf, darauf hat man damals schon Wert gelegt. Dann sollte man das heute ja wohl erst recht tun. Zumal die Produktion auch umfangreicher ist als damals.

K+S sagt, sie halten alle gesetzlichen Mindestwerte ein.
Ohlmann: Selbst wenn – nochmal: Die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend geändert. Fürstenhall kann kein ausziehender Wetterschacht mehr sein.

Ohlmann: Erstens das. Und zweitens – egal wo er hinkommt: Wir brauchen hier stationäre Feinstaub-Messung wie in Großstädten. Damit jederzeit ersichtlich ist, welche Schadstoffe in welchem Umfang auftreten – und man sofort reagieren kann, wenn ein Grenzwert überschritten ist. Das verstehe ich unter echter Transparenz und Nachhaltigkeit.

Fietz: Die Belastung muss auch kontinuierlich reduziert werden. Die Nordzucker AG kann hier durchaus als positives Beispiel genannt werden. Von Jahr zu Jahr wurden dort erfolgreich Maßnahmen etabliert, die zu einer Reduzierung der Staubimmissionen geführt haben. Das ganze wird in jährlichen Umweltberichten dokumentiert, die auch der Öffentlichkeit zugänglich sind. Mit dem Kalibergbau würden wir eine zweite Industrieansiedlung bekommen, die dann gemeinsam mit der Nordzucker die Region stark belastet. Eine kontinuierliche Feinstaub- und Schadstoffüberwachung als Kontrollinstrument und kontinuierliche Verbesserungsmaßnahmen sind in einer solch stark belasteten Region, wie sie hier entstehen wird, minimalste Anforderungen.

K+S hat sein Bergwerk nie stillgelegt, der Betrieb ruhte nur. Gerade alte Bergleute argumentieren heute, die Bürger hätten wissen müssen, dass der Betrieb wieder losgehen kann – mit allen seinen Folgen.
Fietz: Alle Mitglieder der BI haben großen Respekt vor dieser Bergbau-Tradition. Und wir haben nie gesagt, dass der Abbau unter keinen Umständen wieder beginnen darf. Sicher darf er. Aber die Zeiten haben sich geändert, gerade in der Gemeinde Giesen.

Was meinen Sie damit?
Fietz: Als der Betrieb Mitte der 80er-Jahre endete, musste die Kommune überlegen, wie sie sich künftig aufstellen will. Sie hat sich – durchaus nachvollziehbar – entschieden, mit neuen Baugebieten gerade in Giesen und Ahrbergen junge Familien anzusiedeln, die im Speckgürtel von Hildesheim oder Hannover leben wollen. Alles so weit okay. Das heißt aber auch, dass heute völlig andere Voraussetzungen herrschen, wenn man ein Bergwerk wieder eröffnen will.

Ohlmann: Eben. Unter dieser Prämisse sind viele Menschen in den vergangenen 30 Jahren hierher gezogen. Deshalb kann man jetzt nicht verlangen, dass die Bürger sich an das Bergwerk anpassen oder dessen Auswirkungen einfach als gegeben hinnehmen müssen. Vielmehr muss man schauen, wie man beides unter einen Hut kriegt – ein Bergwerk wirtschaftlich betreiben und gleichzeitig Bürger und Umwelt so wenig wie möglich belasten.

Fietz: Das ist unser Antritt als Bürgerinitiative. Wir sind überzeugt, dass das möglich ist.

Zu den Belastungen könnte auch die Kalibahn zählen, wenn sie wieder in Betrieb geht. Die würde direkt an den Vorgärten der Anlieger vorbeirollen.
Fietz: Auch das geht nicht.

K+S geht davon aus, dass doch.
Fietz: Ich bin kein Jurist. Aber nach meinem Dafürhalten kann man die Genehmigungen aus der Kaiserzeit, die da ins Feld geführt werden, nicht mehr als Grundlage nehmen.

Wer an die Bahn gezogen ist, wusste, dass da Schienen liegen.
Homey: Das stimmt. Aber von einer möglichen Wiederinbetriebnahme war nie die Rede, davon stand auch nichts in Verkaufsbroschüren oder gar Verträgen. Die Kalibahn wurde nur als Bezugspunkt zum Industrie- und Bundeswehrgebiet genannt. Und noch etwas!

Ja?
Homey: Es wird gern erzählt, wir hätten die Grundstücke da 1998/1999 von der Gemeinde günstiger erworben, eben wegen der Kalibahn. Ich habe da selbst ein Grundstück erworben und bebaut und kann Ihnen sagen: Das ist einfach nicht wahr! Das war der ganz normale Preis.

Fietz: Wir glauben aber ohnehin nicht, dass die Bahn da noch lang fahren kann zwischen Privatgrundstücken und Bundeswehr-Gelände. So wie das heute aussieht, kommen ja zum Beispiel gar keine Rettungsfahrzeuge mehr an die Strecke.

Ohne Bahn wird es nicht gehen.
Fietz: Sicher nicht. Aber man muss die Trasse weiter vom Ort weg verlegen.

Ohlmann: Wir haben dafür auch schon Vorschläge gemacht, aber es gab noch keine Reaktion.

Eine neue Bahn wäre teuer. Überhaupt laufen alle Ihre Forderungen darauf hinaus, dass K+S deutlich mehr investieren muss als geplant. Ist das nicht doch der Versuch, das Ganze zu verhindern.
Fietz: Das sehen wir nicht so. Die alte Bahn müsste auch komplett abgerissen und neu verlegt werden. Jeder, der sich damit ein wenig auskennt, weiß, dass so etwas in der Regel nicht billiger ist, als auf der grünen Wiese etwas Neues zu errichten. Über Kosten ist darüber hinaus noch gar nicht gesprochen worden, aber wenn man Dauer und Kosten des Gesamtprojektes betrachtet, erscheint mir dieses Argument doch alles andere als unverhältnismäßig. Es geht nicht ums Verhindern, das haben wir immer gesagt. Es geht darum, der veränderten Situation vor Ort Rechnung zu tragen.

Welche Forderung ist Ihnen denn am wichtigsten?
Fietz: Da stellen wir sicher keine Rangfolge auf. Geht auch gar nicht: Für viele Ahrberger sind vermutlich Bahn und Wetterschacht wichtiger, für viele Giesener die Halden-Frage.

Glauben Sie denn, mit Ihren Forderungen zumindest teilweise durchzukommen im Genehmigungsverfahren?
Ohlmann: Wir setzen jedenfalls große Hoffnungen und großes Vertrauen in dieses Verfahren.

Fietz: Wir haben bisher einen sehr guten Eindruck von der Landes-Bergbaubehörde (LBEG). Die wirken ehrlich interessiert an unseren Anliegen und ernsthaft bestrebt, einen Ausgleich der Interessen zu schaffen und die vielen verschiedenen Aspekte fachlich unabhängig zu prüfen.

Ist der Eindruck von den Behörden noch besser geworden, nachdem Umweltminister Stefan Wenzel angekündigt hat, ein mögliches Halden-Verbot juristisch prüfen zu lassen?
Fietz: Ja, sicher. Wobei, eine rechtliche Prüfung ist meines Erachtens ein völlig normaler Schritt und gehört zur Sorgfaltspflicht der beteiligten Ministerien und Behörden. Die rechtliche Situation mit EU-Recht, Umweltrecht und was es da noch so alles gibt ist hochkomplex, so dass es eigentlich nicht nur im Interesse des Umweltministers liegen wird, hier Klarheit zu schaffen. Dass sich der Umweltminister mit dem Thema auseinandersetzt, zeigt allerdings auch die Bedeutung dieses Projektes.

Zum LBEG ist das Verhältnis also bisher gut. Wie steht es denn mit der Gemeinde Giesen?
Ohlmann: Dass jetzt auch Bürgermeister Andreas Lücke den Verzicht auf eine Halde wünscht, hat uns positiv überrascht.

Fietz: Wobei man sagen muss, dass die Zusammenarbeit mit dem Bürgermeister von Anfang an gut war. Da gibt es einen guten Austausch, man informiert sich gegenseitig.

Gilt das auch für die Ratsfraktionen, die sich zuletzt ja unterschiedlich positioniert haben – die SPD klar pro Halde, die Grünen eher auf Seite Lückes?
Homey: Am Anfang war ich vor allem überrascht, wie wenig einzelne gewählte Volksvertreter sich fachlich mit dem Thema auseinandergesetzt haben.

Es ist ja auch eine komplexe Materie, könnte man jetzt sagen.
Homey: Sicher. Aber wenn ich mich da in wenigen Wochen ganz gut einlesen kann, erwarte ich das doch auch von einem gewählten Volksvertreter. Ich weiß, sie machen das ehrenamtlich – aber wenn man das Gefühl hat, dass Leute sich mit der Sache gar nicht beschäftigen, insbesondere mit den Auswirkungen auf das Leben der Bürger hier, sondern sich einfach nur freuen, dass hier groß investiert wird – das hat mich schon enttäuscht. Schließlich haben die sich bewusst entschieden, sich in ihrer Freizeit um die Geschicke der Gemeinde zu kümmern.

Ohlmann: Zumal bei einem solchen Megaprojekt. Das wird die Gemeinde auf Jahrzehnte prägen, das ist gigantisch, ich habe den Eindruck, das haben noch gar nicht alle verstanden.

Fietz: Wir wollen hier aber auch kein Politik-Bashing betreiben. Wir haben jetzt mit allen drei Fraktionen ein gutes Arbeitsverhältnis.

So so. Und mit dem K+S-Konzern selbst?
Fietz: Wir reden miteinander.

Das klingt ja euphorisch.
Fietz: Wieso?

Na ja, es war bisher bei weitem Ihre kürzeste Antwort.
Fietz: Im Moment gibt es keine Gespräche, das ist vielleicht auch normal. So kurz vor Beginn des Genehmigungsverfahrens haben wir keinen Gesprächsbedarf. Dafür ist schließlich das Verfahren da – mit vielen Fachleuten.

Ohlmann: Die sind wir ja ehrlicherweise nicht. Wir haben uns sicher viel angeeignet, aber wir bleiben Amateure, die den Experten eines Dax-Konzerns gegenübersitzen.

Fietz: Die Gesprächsebene ist aber auch nicht weg. Ich bin sogar sicher, dass wir im Verfahren oder am Ende wieder öfter miteinander reden werden.

Gab es denn im Vorfeld schon Kompromiss-Versuche, nach dem Motto: Ihr verlegt die Bahnlinie, dafür kommen wir euch bei der Halde entgegen?
Fietz: Nein. Eine Bürgerinitiative kann so etwas auch gar nicht, da wir lediglich ein Gesprächspartner im Genehmigungsverfahren sind. Wir werden keine unserer Positionen aufgeben, solange nicht alle Argumente auf dem Tisch liegen und von allen Fachleuten beurteilt wurden. Auf Basis der aktuellen Informationen liegen die Positionen allerdings auch fundamental auseinander.

Stichwort fundamental: In der Gemeinde gibt es viele Befürworter, aber auch Gegner. Letztere wähnen sich in der Minderheit, von ihnen hört man mitunter: Man traut sich gar nicht, öffentlich etwas gegen das Bergwerk zu sagen, weil es dann sofort Ärger von Mitbürgern gibt. Hat die Diskussion die Atmosphäre in der Gemeinde verschlechtert?
Fietz: Das nehme ich nicht so wahr, nein.

Ohlmann: Zumindest nicht mehr. Am Anfang war das schon ein bisschen so: „Bist du dafür oder dagegen?“ Kritischen Fragern wurde da schon mal vorgehalten, sie wollten die Arbeitsplätze verhindern oder so.

Fietz: Das Schwarz-Weiße hat sich aber gegeben. Es ist ja auch nicht so, dass wir eine winzige Minderheit vertreten. Wir haben etwa 1600 Unterschriften gesammelt, das hätte für ein Bürgerbegehren in der Gemeinde Giesen gereicht. Auch stellen wir ja keine radikalen Forderungen. Wir wollen nur, wenn das Bergwerk wieder in Betrieb geht, dass das nicht oder möglichst wenig zu Lasten der Menschen geht, die hier leben.